

A5

Beschluss

Angenommen

Weil Klatschen nicht reicht: in Kitas braucht es dringend bessere Arbeitsbedingungen

Deshalb fordern wir:

- Maßnahmen zur Stabilisierung des bestehenden Kita-Systems vor allem durch Verbesserung des Personalschlüssels, Ausbau von Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten,
- Stopp des Abbaus der Qualitätsstandards: u.a. durch Verkleinerung der Gruppengrößen und ausschließliche Anrechnung von qualifiziertem Personal
- Bundesweiter Kita-Gipfel von Bund, Ländern, Kommunen und Gewerkschaften
- Umbau der Erzieher*innenausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz einschließlich der Fort- und Weiterbildung,
- Planvoller Kita-Ausbau einschließlich entsprechender Qualitätsstandards und pädagogischer Konzepte
- Arbeitszeit- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Familien sowohl der Nutzenden als auch der Beschäftigten.

Das bestehende System der Kitas und seine Beschäftigten sind am Limit. Schlechte Personalschlüssel und Fachkräftemangel machen den Einrichtungen immer mehr zu schaffen. Die Personaldecke in allen Kitas wird immer dünner, der Personalmangel wächst stetig und die Belastungen für die Beschäftigten werden immer größer. Daher müssen Bund, Länder und Kommunen auf Grund der desolaten Situation das aktuell bestehende Kita-System dringend grundlegend überarbeiten.

Die aktuelle Situation hat dramatische Folgen: Die Beschäftigten sind an ihrer Belastungsgrenze. Sie erkranken häufiger, fallen aufgrund von Burnout lange Zeit aus oder verlassen das Arbeitsfeld Kita. So kann es nicht weitergehen. Vor dem weiteren Ausbau der Kitas muss an erster Stelle die Forderung nach einer nachhaltigen Stabilisierung des Kita-Systems stehen, damit die Abwärtsspirale durchbrochen wird. Die Arbeit in den Kitas darf nicht krank machen.

Die Qualität der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung durch gute Fachkraft-Kind-Schlüssel und gut ausgebildetes Personal müssen in den Fokus. Frühkindliche Bildung in einem stabilen Kita-System ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit, für eine funktionierende Wirtschaft und eine demokratische Gesellschaft. Kitas dürfen keine reine Verwahranstalt werden; die Kitas sind in der jetzigen Situation kaum mehr in der Lage, den an sie gestellten dringend nötigen Bildungsauftrag zu erfüllen.

Ländern und Kommunen gelingt es schon lange nicht mehr, die Rechtsansprüche der Eltern auf Erziehung, Bildung und Betreuung einzulösen und für Verlässlichkeit zu sorgen. Deshalb müssen familien- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden, die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Der Bund profitiert maßgeblich von den Steuereinnahmen durch die Beschäftigung der Eltern. Er ist daher in der Pflicht, sich dauerhaft und in einem relevanten Umfang an der Finanzierung und der fachlichen Weiterentwicklung des Systems Kita genauso wie an der sozialpädagogischen Ausbildung zu beteiligen.

Bund, Ländern und Kommunen müssen einen Plan verfolgen, wie der zukünftige Ausbau der Kindertageseinrichtungen und des Ausbildungssystems, einschließlich der Weiterbildung von Lehrkräften, gelingen und solide finanziert werden kann. Die Stabilisierung des Systems und der geplante Ausbau der Kitas funktionieren nicht ohne den Stufenplan zum Aufbau des nötigen Fachpersonals. Beides muss miteinander synchronisiert werden.

Letztendlich ist es wichtig, mit Perspektive auf den wachsenden Fachkräftemangel auf dem gesamten Arbeitsmarkt einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, wie Erwerbs – und Sorgearbeit in unserer Gesellschaft verteilt werden und was uns als Gesellschaft das Aufwachsen unserer Kinder wert ist.